

NACHRICHTEN

1000 Tage

Aquino-Präsidentschaft

Am 21. November 1988 feierte Cory Aquino die ersten 1000 Tage ihrer Präsidentschaft u.a. mit einer landesweit ausgestrahlten Jubiläumsrede im Fernsehen. Darin erklärte sie, daß die Philippinen unter ihrer Herrschaft zum politisch freiesten und sozialsten Land Südostasiens geworden seien. Ihr wichtigster Erfolg wäre dabei die Erhaltung der Demokratie gegen Putschversuche von rechts und die Aufstandsbeziehung von links.

Nach dem Scheitern ihrer Politik der Versöhnung gegenüber der Guerilla sei es ihr dann durch eine Politik der Härte gelungen, die Stärke der Aufständischen wesentlich zu reduzieren.

Die Putschversuche aus Militärkreisen machte sie in erster Linie dafür verantwortlich, daß international nach wie vor der Stabilität ihrer Regierung mißtraut werde und deshalb ausländische Investoren eine Kapitalanlage im Land scheuten. Trotzdem sieht Frau Aquino Erfolge ihrer Politik auf wirtschaftlichem Gebiet. Das Wirtschaftswachstum sei kontinuierlich von einem Minuszuwachs von 4 % im Jahr 1985 auf rund 6,5 % im ersten Halbjahr 1988 gesteigert worden. Allein in diesem ersten Halbjahr seien die Investitionen um 13,4 % gestiegen, insbesondere durch wachsende Auslandsinvestitionen aus Japan und Taiwan. Die Inflationsrate sei auf 8,7 % gesunken und insgesamt seien 3,1 Millionen Arbeitsplätze geschaffen worden.

Für die nächsten 1000 Tage ihrer Präsidentschaft formulierte Frau Aquino u.a. folgende Ziele: 6,5 % reales Wirtschaftswachstum, die Schaffung von 1 Million Arbeitsplätzen pro Jahr und eine einstellige Inflationsrate.

Die zunehmenden Menschenrechtsverletzungen und die inzwischen selbst von der Weltbank konstatierte wachsende Armut und Verelendung wurden von Frau Aquino nicht weiter thematisiert.

- vgl. FEER v. 1.12.88, S.36 f.

Amnesty: Folter, Mißhandlungen, Morde

Amnesty International hat für 1988 einen Jahresbericht über die Entwicklung der Menschenrechtssituation auf den Philippinen vorgelegt. Darin wird der Polizei und dem Militär vorgeworfen, für eine erschreckende Zunahme von Morden, Folter, Mißhandlungen und Vergewaltigungen sowie für die Anwendung von Isolationshaft verantwortlich zu sein. Opfer sind Mitglieder von

Organisationen, die von der Regierung als oppositionell betrachtet werden, von der Kommunistischen Partei CPP bis zu Bauernverbänden, Frauenorganisationen, kirchlichen Gruppen und anderen Nicht-Regierungsorganisationen, ebenso aber auch wahllos Personen, die keine Beziehung zu irgendwelchen Gruppen haben.

Amnesty bemerkt, daß entgegen den Ankündigungen beim Machtwechsel 1986 bisher kein einziger Militär- oder Polizeioffizier wegen Menschenrechtsverletzungen verurteilt worden ist, und stellt schwere Verstöße gegen die philippinische Verfassung von 1987 und gegen die UN-Konvention gegen Folter fest, die die Philippinen im Juni 1986 unterzeichnet haben.

- vgl. amnesty international, Philippines. Incommunicado Detention, Ill-Treatment and Torture during 1988, Dezember 1988, 21 S.

Staatliche Nicht-Regierungs-Organisationen?

Die philippinische Regierung hat offiziell erklärt, daß sie sich gegenwärtig bemühe, die Grundlage für eine engere „Zusammenarbeit“ zwischen den staatlichen Behörden und den NRO's zu schaffen. Senator Butz Aquino hat eine Gesetzesvorlage eingebracht, in der verlangt wird, diese Organisationen durch die Regierung amtlich zuzulassen und ihnen nach der Genehmigung einen Anspruch auf Staatshilfe zu gewähren. Ferner sieht das Gesetz die Schaffung eines Apparates und von Vorschriften für Konsultationen zwischen NRO's und staatlichen Behörden vor. Schlüsselfunktion soll die Nationale Behörde für Wirtschaftsentwicklung (NEDA) erhalten, die für die Fragen der Akkreditierung, finanziellen Unterstützung und der Koordinationsmechanismen zuständig werden soll. Der Etat für die NRO's wird eine feste Größe des jährlichen Regierungshaushaltes.

Hintergrund dieser Entwicklung ist die immer größere Bedeutung die die NRO's für die westlichen Entwicklungshilfegeber in den letzten Jahren erlangt haben, etwa im Rahmen sogenannter „partizipatorischer Programm-Komponenten“. Kritiker sehen jetzt eine Art geplanter Verstaatlichung des NRO-Sektors, mit dem Ziel, die erheblichen Mittel, die in diesem Bereich fließen, wieder unter Kontrolle zu bekommen. Wichtiger Anstoß sollen „heimliche“ Gespräche von Vertretern der Weltbank mit verschiedenen NRO's über ihre Unzufriedenheit mit der

Entwicklungspolitik der Regierung gewesen sein.

Ein weiterer angestrebter Effekt der neuen Politik scheint die politische Kontrolle der NRO's durch die Regierung zu sein. Gruppen die in irgendeiner Weise regierungskritisch erscheinen werden einfach nicht anerkannt und tragen danach den Stempel einer gewissen Illegalität, auch wenn sie nicht offiziell verboten sind. Ferner sind solche verbleibenden echten, also wirklich nicht-staatlichen NRO's dann praktisch von der Mittelvergabe internationaler Geber abgeschnitten. Sollte das Gesetz wie geplant in Kraft treten, wäre dies vermutlich gleichbedeutend mit einer Zerschlagung der meisten bisherigen NRO's – ein beispielloser Vorgang, der aber in der Dritten Welt schnell zum Modell werden könnte.

- vgl. MDA v. 19.1.89, S.9 f.; taz v.5.1.89

Schwardnadse in Manila

Am 22. Dezember 1988 traf der sowjetische Außenminister Schwardnadse zu seinem lange vorbereiteten Besuch in Manila ein. Er überbrachte einen Brief des sowjetischen Parteichefs und Staatsoberhauptes Gorbatschow an Präsidentin Aquino mit einer Einladung in die UdSSR für die Jahresmitte 1989. Nach Auskunft des philippinischen Außenministers Mangalapus hat sie die Einladung angenommen. Frau Aquino erklärte zu Beginn des Besuches, daß die aktive Außenpolitik der Sowjetunion und ihr Kurs auf einen Übergang von der Konfrontation zur Zusammenarbeit die politische Unterstützung der Philippinen finde. Im gemeinsamen Communiqué über die Besprechungen wird die Frage der US-Stützpunkte und der philippinisch-amerikanischen Beziehungen in keiner Weise angesprochen. Konkret wird lediglich das Ziel einer Verdopplung des bilateralen Handelsvolumens von bisher 200 Mio. US-Dollar pro Jahr angesprochen sowie eine Verstärkung der kulturellen Beziehungen. In den Gesprächen selbst soll u.a. die sowjetische Haltung zur NPA-Guerilla ein wichtiger Punkt gewesen sein. Schwardnadse habe glaubhaft versichert, so wird aus philippinischen Regierungskreisen verbreitet, daß die UdSSR die NPA noch nie unterstützt habe und dies auch nie tun werde. In der Kambodscha-Frage soll der sowjetische Außenminister eine weitgehende Zufriedenheit mit der philippinischen Politik auch innerhalb ASEAN's zu diesem Thema geäußert haben. Zur

PHILIPPINEN

Frage der US-Basen soll die UdSSR momentan die Haltung einnehmen, daß sie eine Auflösung der Basen 1995 oder wenigstens bis zum Jahr 2000 sehr begrüßen würde, sich aber gegenwärtig nicht gezielt in die Beziehungen zwischen den Philippinen und den USA einmischen wolle und deshalb auf konkrete Vorschläge verzichte.

- vgl. FEER v. 5.1.89, S.12 f.; MDA v. 23.12.88, S. 6

1. „Natur für Schulden“-Abkommen geschlossen

Der World Wildlife Fund und die in Manila ansässige Haribon Foundation haben mit der philippinischen Regierung Asiens ersten sogenannten „debt for nature swap“ (Natur für Schulden) paraphiert. Die beiden Stiftungen übernehmen 2 Mio. US-Dollar der philippinischen Auslandsschulden von den Gläubigerbanken und erlassen sie dann der philippinischen Regierung. Als Gegenleistung überträgt ihnen die Regierung die Rechte an einem Gebiet auf der Insel Palawan, das dadurch zum Naturschutzgebiet erklärt wird. Diese Form des Schuldenabbaus ist äußerst umstritten. Zum einen bietet sie keine Perspektive zur Lösung der Schuldenkrise insgesamt, die ökonomischen Gründe der Umweltzerstörung werden außerdem so nicht angetastet; zum anderen trägt das Verfahren deutlich Züge einer imperialistischen Landnahme und sei es auch für einen „guten Zweck“.

- vgl. FEER v. 1.12.88, S.9

Entwicklungsprojekt Bondoc weiter im Zwilicht

Die bundesdeutsche Beteiligung am Entwicklungsvorhaben Bondoc ist weiter im Zwilicht. Die Kritik an diesem Projekt weist darauf hin, daß hier entwicklungspolitische Mittel in einem militärischen Kontext verwendet werden könnten, da insbesondere der vorgesehene Straßenbau in ein heftig umkämpftes Guerillagebiet hinein vor allem im Interesse der philippinischen Armee und ihrer Aufstandsbekehrungsstrategie ist.

In ihrer Antwort auf eine entsprechende Kleine Anfrage des Bundestagsabgeordneten der Grünen, Ludger Volmer, behauptet die Bundesregierung, daß eine Tolerierung des Projektes durch die NPA-Guerilla gegeben sei, da „ein Projekt der Armutsbekämpfung von allen Teilen der Bevölkerung akzeptiert“ werde.

PHILIPPINEN

NACHRICHTEN

Auch die persönliche Sicherheit von im Projekt zukünftig eingesetzten Experten sei deshalb nicht gefährdet. Nach Angaben der Bundesregierung dienen aber gut 80 % der vorgesehenen Mittel für das Projekt nur dem Straßenbau und genau dieser ist von der NPA als möglicher Bestandteil eines Counter-Insurgency-Programms der philippinischen Armee kritisiert worden. Inzwischen liegt dem Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit im Bundestag ein diesbezüglicher Brief des örtlichen NPA-Kommandos an die Bundesregierung im Wortlaut vor. Die Antwort der Regierung entspricht also zu 80 % nicht der Wahrheit. Ferner gibt es Informationen, daß die NDF dem BMZ erneut Gespräche über das Bondoc-Projekt angeboten hat. Man kann auf das weitere Verhalten der Bundesregierung gespannt sein.

- vgl. BT-Drucksache 11/3742 und 11/3826

chen Berichte über schwere Gesundheitsschäden durch die Agrarchemie auf Mindanao, die sich meist nicht konkret und kausal beweisen lassen. Zum einen sind diese Vergiftungen häufig nur schwer von anderen Krankheiten zu unterscheiden, zum anderen ist auch ökologisches Bewußtsein in dieser Hinsicht nur wenig vorhanden.

Die meisten Agrarchemikalien werden aber auf den Philippinen in den Kerngebieten des Reisbaus auf Zentral-Luzon verwandt. Michael Loevinshon, Umweltexperte und Mitarbeiter des Internationales Reisforschungsinstitutes (IRRI) in Los Banos bei Manila, stellte in diesem Zusammenhang 1988 fest: „Zwischen dem Einsatz von Pestiziden und erhöhten Sterblichkeitsquoten bei Landarbeitern besteht eine Beziehung. Seit der Anwendung von chemischen Schädlingsbekämpfungsmitteln ist die Sterblichkeit in der Altersgruppe von 18 bis 35 um durchschnittlich 27 % gestiegen.“ In vier gesondert untersuchten Ortschaften auf Luzon seien die Leukämieerkrankungen unter Männern nach 1972 um annähernd 500 % gestiegen. Dies hängt nicht zuletzt damit zusammen, daß auf den Philippinen zehn der zwölf giftigsten Pestizide nicht – wie in vielen anderen Ländern – verboten sind. Der philippinische Senat will zu dieser Thematik eine Untersuchung durchführen.

- vgl. NM v. 29.6.; Mindanao Media News Service v. 17.11.; IBON v. 15.9.88

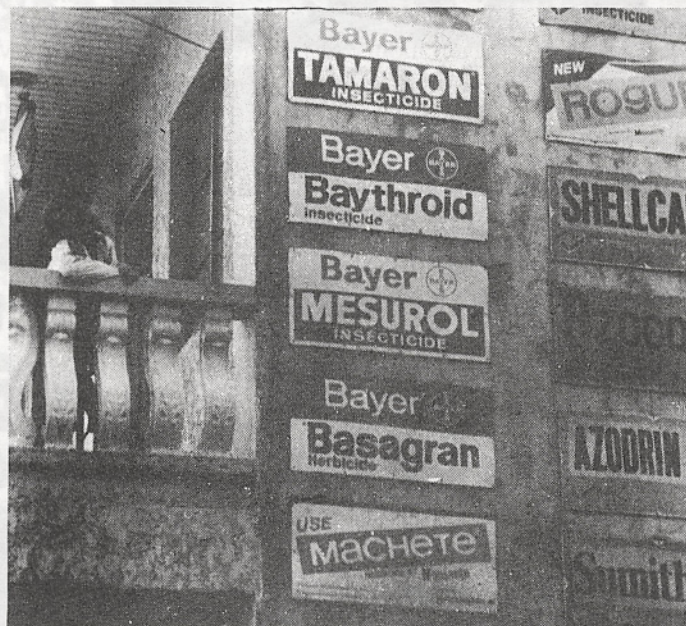
Taiwan größter Auslandsinvestor

1988 kamen rund 40 % der ausländischen Investitionen auf den Philippinen, die insgesamt ein Volumen von rund 1 Milliarde US-Dollar umfaßten, aus Taiwan. An zweiter Stelle stehen Investoren aus Hongkong. Die Philippinen sind heute das Land mit den drittgrößten Investitionen Taiwans und stellen auch eine ständig wachsende Zahl von „Gastarbeitern“ bei Firmen in Taiwan.

- vgl. HB v. 9.2.89

Pestizid-Tote nehmen zu

Die Gewerkschaft NFL macht insbesondere die Arbeitgeber für eine wachsende Zahl von Pestizid-Toten unter den Bananenarbeitern verantwortlich, da sie ihre Beschäftigten nicht ausreichend über die Gefahren des Pestizideinsatzes aufklären und die erforderliche Schutzkleidung nicht stellen. Die NFL registrierte zwischen 1983 und 1987 unter den Plantagenarbeitern auf Mindanao 13 Fälle von „Organophosphat-Vergiftungen“. Dies ist vermutlich nur die Spitze eines Eisberges, denn nach Angaben der Weltgesundheitsorganisation WHO sterben jährlich mindestens 9000 Menschen an Pestizidvergiftungen, und die philippinische „Fertilizer and Pesticides Authority“ dokumentierte allein zwischen 1981 und 1983 1404 Fälle von Pestizidvergiftungen. Hinzu kommen die zahlrei-



Quelle: NM v. 29.6.88, S. 41

Regierung bestreitet Menschenrechtsverletzungen auf Negros

Ende letzten Jahres besuchten 2 Mitglieder der Zuckerarbeitergewerkschaft NFSW aus Negros die BRD und berichteten über die zunehmende Verfolgung ihrer Mitglieder. Die Menschenrechtsorganisation FIAN entschloß sich daraufhin, eine Eilaktion gegen diese Entwicklung durchzuführen. Auf die zahlreichen Protestschreiben antwortete jetzt das Arbeitsministerium in Manila in einem längeren Brief. Darin heißt es u.a.: „Wir haben hier in der Zentralregierung keinerlei Informationen über die behauptete Zunahme von Repressionen gegen die NFSW und Versuche, diese Gewerkschaft zu kriminalisieren. (...) Wir haben so viele Arbeiter- und Bauerngruppen. Die meisten scheinen zufrieden zu sein. Einige wenige dienen den Aufständischen als Aushängeschilder, und manchmal geraten sie ins Kreuzfeuer.“ Diese Einschätzung spricht vor dem Hintergrund der zahlreichen Berichte über Menschenrechtsverletzungen und wachsende Armut für sich selbst, und ferner hat die NFSW dem Ministerium wiederholt entsprechende Unterlagen zugeleitet. Daß die Landreform nicht vorankommt liegt nach Meinung des Arbeitsministeriums an einer angeblichen Unfähigkeit der Landbewohner, „unabhängige Bauern“ zu werden. Zu den von FIAN vorgelegten konkreten Fällen von Menschenrechtsverletzungen an NFSW-Mitgliedern ist dagegen bislang keine Stellungnahme aus Manila eingetroffen.

- Berichte von FIAN

Prostituiertenzentrum Buklod in Olongapo bedroht

Anfang Januar berichtete der Radiosender in Olongapo, im Besitz des örtlichen Bürgermeisters Gordon, daß in einem Zentrum in New Banicaan Kommuniten Hilfe und Übernachtungsmöglichkeit angeboten wurde. Dem Zentrum wurde eine militärische Razzia angedroht.

Es besteht kein Zweifel, daß diese Drohung dem Buklod-Zentrum galt, das seit ca. 3 Jahren Prostituierten und Barfrauen in Olongapo Gesundheitsberatung, Seminare über Arbeits- und Frauenrechte, Englischkurse anbietet und einen Nachtkindergarten betreibt. Auswirkungen dieser Propaganda, die vermutlich v.a. aus der Anti-US-Basenhaltung des Zentrums resultiert, die vom regierenden Bürgermeister als Bedrohung angesehen wird, sind bereits deutlich zu spüren. Die militärischen Bedrohungen, eine Mitarbeiterin ist bereits viermal von der Geheimpolizei mit vorgehaltener Pistole über die Arbeitsweise des Zentrums und über Mitarbeiterinnen befragt worden, haben ihre Wirkung gezeigt. Einige Frauen halten sich aus Angst, oder weil sie der Propaganda Glauben schenken, vom Zentrum fern.

Die Mitarbeiterinnen des Zentrums befürchten weitere Einschüchterungsversuche und mögliche bewaffnete Übergriffe seitens der Privatarmee von Bürgermeister Gordon. Um diesen Bedrohungen Einhalt zu gebieten und Schlimmeres zu verhindern, bitten die Mitarbeiterinnen um internationale Unterstützung.

Briefe, in denen gegen die militärische Bedrohung des Beratungs- und Begegnungszentrums für Prostituierte Stellung genommen wird, können an folgende Adressen geschickt werden: Mayor Richard Gordon, City Hall, Olongapo City 2200, Philippines; Kopie an: Brenda Stoltzfus, Greenhills P.O. Box 336, 1502 Metro Manila, Philippines.

Quelle: BUKLOD Newsletter Vol.II, No.4, Jan. 1989

Erste asienweite Prostituiertenkonferenz in Los Baños, Laguna, November 1988

Die bereits auf dem zweiten weltweiten Hurenkongreß in Brüssel, 1986, sich abzeichnende Auseinandersetzung zwischen Frauen der industrialisierten Zentren und ihren Schwestern der Peripherien („Dritten Welt“) konnte nun auf der ersten

NACHRICHTEN

PHILIPPINEN

asienweiten Konsultation von Prostituierten und betroffenen Aktivistinnen (ASCONPRO, Asian Consultation of Prostituted Women and Concerned Activists) weiter fortgesetzt werden.

Eingeladen waren Prostituierte und Frauenorganisationen aus 18 Ländern. 24 Vertreterinnen aus Indien, Indonesien, Japan, Malaysia, Südkorea, Sri Lanka, Taiwan und Thailand und 13 Beobachterinnen aus Europa, die das Internationale Komitee für die Rechte der Prostituierten (ICPR) und die Stiftung gegen Frauenhandel (Stichting tegen Vrouwenhandel, Den Haag) repräsentierten, nahmen an der Konferenz teil.

Die Auffassungen der Teilnehmerinnen waren in Grundsatzfragen sehr verschieden. Das Internationale Komitee für die Rechte der Prostituierten bestand darauf, daß es das Recht einer jeden Frau sein müsse, den Beruf der Prostitution aus eigener Entscheidung frei wählen zu können. Nicht nur die Gesellschaft im allgemeinen, sondern auch die feministische Bewegung im besonderen müsse dies anerkennen. Sie forderten bessere Arbeitsbedingungen, u.a. verbesserten gesundheitlichen Schutz.

Die asiatischen Konferenzteilnehmerinnen vertraten die Auffassung, Prostitution setze die Degradierung der Frau zum Objekt und Opfer sexueller Gewalt voraus. In der praktischen Arbeit mit Prostituierten, z.B. im Rahmen der vom philippinischen nationalen Frauendachverband GABRIELA durchgeführten Prostituiertenprojekte Bagwis und Buklod, spielt diese theoretische Kontroverse eine untergeordnete Rolle. Hier geht es in erster Linie um die Weiterbildung und Stärkung der Prostituierten im Milieu, auch wenn langfristig die Veränderung „politischer, sozialer und kultureller Strukturen angestrebt wird, die die Voraussetzung der Prostitution beseitigen sollen.“

Zwei Probleme, die Prostituierte in besonderer Weise betreffen, Schwangerschaft und Vergewaltigung, erforderten in Zukunft besonderes Augenmerk. Bestehende Gesetze sollten künftig auch ohne Vorurteile auf Prostituierte Anwendung finden, so die Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen im Falle von Schwangerschaft, die Verfolgung von Vergewaltigungsfällen und im Falle von Mißhandlung und sonstigem Mißbrauch am Arbeitsplatz die Anwendung der Arbeitsgesetzgebung.

Die Aktivistinnen entwickelten als Strategien im Kampf gegen

den Menschenhandel den Aufbau eines Netzwerks, einen verstärkten Informationsaustausch sowie die direkte Unterstützung von Frauen in Notlagen. Ebenso wurde es als wichtig erachtet, der Gesetzgebung, den Politikerinnen und SozialarbeiterInnen der betroffenen Länder konkrete Vorschläge an die Hand zu geben.

Anstelle einer Resolution verabschiedete die Konferenz einen Forderungskatalog, in dem die für asiatische Prostituierte zehn dringlichsten Probleme aufgeführt sind: - die Stigmatisierung der Prostituierten

- Armut als Haupteinstiegsgrund für Prostitution

- der mangelnde gesetzliche Schutz

- unzureichende Gesundheitsversorgung

- die Militarisierung auf den Philippinen und die Präsenz des US-Militärs in weiten Teilen Asiens

- die Gewalt gegenüber Prostituierten

- schlechte Arbeitsbedingungen und Mißbrauch am Arbeitsplatz

- das Vorgehen nationaler und internationaler Menschenhändlersyndikate

- organisierte Sextouren, die ihr Land zum Bordell machen

- der Mangel an Weiterbildungsmöglichkeiten für Prostituierte.

vgl. NM Vol. 4, No. 7, v. 21.12.88, S.6-9,

Menschenrechte für Frauen

Anläßlich des philippinischen Frauenprotesttages, der sich am 28. Oktober zum viertenmal jährte, formierte sich ein 800 Personen starker Demonstrationstrupp von Frauen aus verschiedensten Lebensbereichen und marschierte vom Plaza Miranda zur Mendiola-Brücke. Plakate, Flugblätter und Rednerinnen forderten die Regierung Aquino auf, „Vergewaltigungen und allen Formen von Menschenrechtsverletzungen an Frauen ein Ende zu setzen.“ Die Aquino-Regierung wird für den anwachsenden Mißbrauch von Frauen als Folge ihrer Erklärung des totalen Kriegszustands verantwortlich gemacht. GABRIELA überreichte im Malacañang-Palast eine Petition.

Zeitgleich versammelten sich auch in Davao City, Mindanao, Frauen zu einer von GABRIELA-Mindanao einberufenen Konferenz, die zum Ergebnis die Gründung einer Menschenrechts-

kommission von Frauen auf Mindanao hatte. Ihre Aufgabe soll es sein, künftig die schlimmen Auswirkungen militärischer Operationen auf Frauen und Kinder öffentlich anzuprangern.

Am 22. November protestierten Hunderte von Arbeiterinnen der KMK, einer Arbeiterinnenorganisation, gegen die zunehmenden Repressionen gegenüber Frauenorganisationen und wandten sich gegen das zunehmende unerklärliche Verschwinden von Mitgliedern aus Arbeiterfamilien, so seien seit Anfang November zwei Menschenrechtsaktivistinnen, Lilian Mercado von BAYAN und Pearl Abaya von PAHRA, als vermißt gemeldet. GABRIELA und KMK übergaben dem Verteidigungsministerium einen offenen Brief an Präsidentin Aquino. Darin fordern sie die Regierung auf, die Vermissten wiederauftauchen zu lassen, militärische Übergriffe auf Volksorganisationen zu unterlassen, die totale Kriegserklärung zurückzunehmen und mit sofortiger Wirkung grundlegende soziale Reformen, zur Hebung der sich verschlechternden Lebensverhältnisse der Bevölkerung zu ergreifen.

vgl. GAWUP Vol. 4, No. 3, S.3+4,10+11

